

Der Chef der Staatskanzlei | Postfach 7122 | 24171 Kiel

An den
Vorsitzenden des
Wirtschafts- und
Digitalisierungsausschusses
Herrn
Claus Christian Claussen, MdL
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Minister

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5509

4. November 2025

**Migration der Landesverwaltung auf Open-Xchange,
hier: Funktionale Erweiterungen, Arbeit der Taskforce**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der letzten Sitzung des Ausschusses und im Umdruck 20/5245 hat die Staatskanzlei über den erfolgreichen Abschluss der vollständigen Migration der Landesverwaltung hin zu einer auf offene Standards fokussierten, quelloffen verfügbaren und souverän betriebenen Lösung berichtet.

Der Ausschuss hat die Staatskanzlei gebeten, über die geplanten funktionalen Erweiterungen zu berichten, die nach Abschluss der Einführung und Migration in den kommenden Monaten zur Verfügung gestellt werden.

Die Staatskanzlei hat niedrigschwellige und breit angelegte Möglichkeiten zum Einholen der Rückmeldungen der Anwenderinnen und Anwender eingerichtet. Die eingegangenen Anforderungen wurden durch Hersteller, Betreiber und Auftraggeber bewertet. Ein Teil der Anforderungen ist durch das Aktivieren bereits bestehender Funktionen oder das Umkonfigurieren der Lösung umsetzbar. Für einen Teil der Anforderungen muss die Lösung jedoch angepasst oder erweitert werden. Hierzu notwendige Änderungen und Ergänzungen sind seitens des Herstellers bereits in Umsetzung oder geplant. Diese Änderungen wurden

während des Rollouts mit dem Ziel einer über den Zeitpunkt der Migration einheitlichen Lösung noch nicht bereitgestellt und werden nun schrittweise umgesetzt.

Erweiterte Funktionalitäten für Funktionspostfächer

Zu Beginn der Migration wurde basierend auf der Anforderungserhebung mit den Häusern eine Basisversion der Funktionalitäten für gemeinsam genutzte Postfächer bereitgestellt. Diese ermöglicht das funktions- und nicht personenbezogene Empfangen und Versenden von E-Mails und die gemeinsame Bearbeitung durch mehrere Personen. Im Zuge der Migration sind umfangreichere Bearbeitungswege gewünscht worden, die beispielsweise eine auf das jeweilige Postfach und nicht individuell auf die Anwenderin oder den Anwender bezogene Kategorisierung und individuelle Farbgebung von E-Mails zur Abbildung einer einfachen Ablaufsteuerung ermöglichen. Zusätzlich wurde auch angefordert, dass nicht nur Postfächer, sondern auch funktionsbezogene Kalender, Adressverteiler, Adressbücher und Aufgabenfunktionen zur Verfügung gestellt werden und dass auch die Nutzung von Abwesenheitsnotizen und Regelwerken für Funktionspostfächer ermöglicht wird. In einer Kombination aus geänderter Grundkonfiguration und funktionaler Erweiterung der Lösung wurden die wichtigsten dieser Anforderungen bereits während der laufenden Migration umgesetzt. In einem parallelen Strang wurden alle weiteren Anforderungen priorisiert und im ersten Quartal 2026 findet eine weitere Erweiterungslieferung statt, um priorisierte Anforderungen ergänzend umzusetzen.

Gerade wegen der intensiven Nutzung von Funktionspostfächern in der öffentlichen Verwaltung wird der Hersteller darüber hinaus einen Schritt weiter gehen und erweiterte Funktionen anbieten, die in der vorherigen, proprietären Lösung nicht verfügbar waren. Die Abstimmung dieser neuen Funktionen wird direkt in Zusammenarbeit mit dem Hersteller und den Anwenderinnen und Anwendern, insbesondere in der Justiz und der Polizei erfolgen.

Kontextübergreifender Zugriff auf Funktionspostfächer

Zur besseren Datentrennung, einfacherer Datenbereitstellung und erweiterter Übersichtlichkeit ist die Aufbauorganisation der Landesverwaltung als Grundlage für die Aufteilung der Anwenderinnen und Anwender in sogenannte Kontexte abgebildet worden. Das gemeinsame Nutzen von Funktionspostfächern, die in diesen Kontexten eingerichtet wurden, aus anderen Kontexten der Landesverwaltung erfordert zusätzliche Änderungen im Produkt und der Konfiguration. Diese Änderungen sind bereits in Umsetzung als Teil der oben genannten Überarbeitung der Funktionspostfächer. Basierend auf einer Bereitstellung des Herstellers im ersten Quartal wird der RollOut im Rechenzentrum des Betreibers mit Beginn des zweiten Quartals 2026 starten.

Drag&Drop zwischen der Weboberfläche und anderen Anwendungen

Die Interaktion von browserbasierten Anwendungen mit Elementen des Betriebssystems wie dem Desktop, anderen Programmen und der Dateiablage sind aus Sicherheitsgründen seitens der Hersteller der Browser grundsätzlich stark eingeschränkt. In einigen Bereichen der Landesverwaltung sind die Möglichkeiten des Exportierens und Importierens von E-Mails im Browser für die tägliche Arbeit nicht ausreichend oder erfordern zusätzliche Arbeitsschritte. Die Anwenderinnen und Anwender wünschen insbesondere Funktionalitäten eines „Drag&Drop“, um beispielsweise E-Mails im Aktensystem des Landes nicht durch Ex- und Importfunktionen, sondern direkt durch Ziehen und Ablegen zu verarbeiten. Diese Funktion stand bereits während des Rollouts über das Desktop-Programm Thunderbird zur Verfügung. Der Hersteller des E-Akteystems hat hierfür die notwendigen Erweiterungen bereitgestellt. In einzelnen, besonderen E-Akteinstallations beispielsweise in der Justiz wurde diese Funktion erst im Oktober durch die dezentrale

Administration zur Verfügung gestellt. Es ist weiterhin Ziel der Staatskanzlei, diese Funktionen nicht nur im Desktop-Client Thunderbird, sondern auch auch in der Weboberfläche von Open-Xchange zur Verfügung zu stellen. Open-Xchange wird hierfür eine Lösung im ersten Quartal des kommenden Jahres bereitstellen.

Dezentrale Administration

Seitens einiger Ressorts wurde die Anforderung aufgestellt, dass in begrenztem Umfang auch eine dezentrale Administration der Lösung ermöglicht werden soll. Beispielsweise besteht der Wunsch, dass die Berechtigungsvergabe einfacher und direkter durch die dezentralen IT-Stellen und nicht nur allein durch den Betreiber der Lösung erfolgen soll.

Daher wird durch den Hersteller eine zentrale Administrations-Konsole umgesetzt. Ziel ist es, Administrierenden eine einheitliche und intuitive Oberfläche zu bieten, über die alle relevanten Verwaltungs-, Berechtigungs- und Konfigurationstätigkeiten zentral und in Teilen auch dezentral seitens der IT-Stellen gesteuert werden können. Damit wird die Administration nicht nur einfacher, sondern auch sicherer, transparenter und deutlich weniger fehleranfällig. Die Administrations-Konsole bündelt administrativen Aufgaben – von der Benutzerverwaltung über Rechtevergabe bis hin zu Systemeinstellungen – an einem zentralen Ort. Mit dem integrierten Berechtigungs-Management können Administrierende und IT-Stellen Rechte wie „Senden als“, „Senden im Auftrag von“ oder „Abwesenheitsnotizen setzen“ direkt und nachvollziehbar verwalten. Im ersten Schritt findet noch in 2025 eine Finalisierung des Funktionsumfang mit den IT-Stellen und dem Betreiber statt. Dann wird startend im ersten Quartal 2026 die Administrations-Konsole umgesetzt und gemeinsam mit einigen Pilot IT-Stellen in Betrieb genommen, um basierend auf dem Rückfluss Verbesserungen und weitere Wünsche einzuarbeiten. Mit einem landesweiten Rollout ist in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen.

Integration der Verfahren Open-Xchange, Nextcloud und OpenTalk

Es wird die Möglichkeit geschaffen direkt aus Open-Xchange heraus OpenTalk Videokonferenzen zu Terminen und Nextcloud Anhänge zu Emails hinzuzufügen. So sparen sich Anwenderinnen und Anwender zusätzliche Arbeitsschritte beispielsweise durch das Kopieren von Sitzungsinformationen oder das Zwischenspeichern von Dateien. Der Hersteller hat diese Integrationen bereits umgesetzt und geliefert. Es ist geplant die Integrationen noch im November auf der Testumgebung des Betreibers in Betrieb zu nehmen und nach erfolgreicher Abnahme auszurollen.

Terminplanungs-Assistent

Eine relevante Anzahl von Anwenderinnen und Anwendern verbringen einen signifikanten Anteil ihres Arbeitstages damit Termine mit einer großen Anzahl von internen und externen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu koordinieren. Während die neue Lösung bei der Abstimmung mit internen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine gute Unterstützung bei der automatisierten Terminfindung bietet, fand dies im vorherigen System gerade bei externen Teilnehmerinnen und Teilnehmern entweder manuell durch Abfrage von Verfügbarkeiten oder unter Zuhilfenahme von dritten Terminplanungstools statt. Um diese Terminplanung zu vereinfachen, wird Open-Xchange einen integrierten Terminplanungs-Assistenten bereitstellen, sodass weder auf mühsame manuelle Koordination noch auf nicht integrierte Drittanbieter Tools zugegriffen werden muss, sondern die Terminkoordination effizient und einfach möglich wird. Der Hersteller wird die Funktionalität im Zuge von drei aufeinander aufbauenden Updates liefern, das erste Update erfolgt im Januar 2026.

Unterschiedliche Abwesenheitsnotizen für interne und externe Sender

Eine relevante Anzahl von Nutzenden wünscht sich unterschiedliche Abwesenheitsnotizen für interne und externe Absender definieren zu können. Diese Funktion wird daher in Open-Xchange in der zweiten Hälfte 2026 umgesetzt.

Implementierung von KI-Tools

Bereits funktional vorhanden, aber noch nicht aktiviert sind Funktionen, die die Anwenderrinnen und Anwender bei der Bearbeitung von E-Mails unter anderem durch KI-Funktionen wie Large-Language-Models (LLM) unterstützen. Damit können beispielsweise Texte und Antworten auf Emails automatisiert erstellt, umformuliert und korrigiert werden. Auch die Interaktion mit einem KI Assistenten ist möglich, beispielsweise um Termine zu planen. Das Schaffen der notwendigen Voraussetzungen zum Betrieb isolierter und datenschutzkonformer LLMs im Rechenzentrum Dataports ist bereits für das parallel aufgebaute Zusammenarbeitssystem „Nextcloud“ beauftragt und wird Anfang des ersten Quartals 2026 auch für Open-Xchange zur Verfügung stehen.

Weitere Einzelthemen

Der Hersteller Open-Xchange betreibt bereits acht landesweite Plattformen in Deutschland und ist daher sehr daran interessiert, die Lösung auch für die spezielleren Anforderungen größerer Verwaltungseinheiten wie einer Landesverwaltung angepasst weiterzuentwickeln. Über die oben dargestellten funktionalen Erweiterungen hinaus werden daher in einer monatlichen Folge von Software-Updates Funktionalitäten ergänzt und verbessert. Beispielsweise seien hier die mit dem letzten Update gelieferten verbesserten Funktionen zu Templates für Abwesenheitsbenachrichtigungen erwähnt, die es ermöglichen, die Corporate Identity der Landes-Verwaltung umzusetzen. Dieses Update wird seitens des Betreibers im November umgesetzt.

Mit den nächsten monatlichen Updates erfolgt dann auch die Bereitstellung von weiteren, kleineren funktionalen Ergänzungen wie

- zeitversetztes Senden von E-Mails,
- konfigurierbare Formate für den Ausdruck von Kalendern,
- automatische Konvertierung von „Anführungszeichen“ in das korrekte „deutsche Format“

und weitere besondere Bearbeitungsfunktionen.

Analyse des Bedarf eines erweiterten Vorgangsbearbeitungssystems

Während der Umstellung sind in den Ressorts auch Nutzungen des E-Mailsystems, gerade im Hinblick auf Funktionspostfächer, erkannt worden, die eher durch ein gesondertes Vorgangsbearbeitungssystem umgesetzt werden sollten. Damit ist eine professionelle und effiziente Bearbeitung von Anfragen möglich und auch eine Nachvollziehbarkeit des Bearbeitungsstatus zu jedem Zeitpunkt gegeben. Hierzu wird die Staatskanzlei prüfen, ob ergänzende, neue Verfahren mittelfristig besser geeignet sind, elektronische Verwaltungsabläufe abzubilden als es die Nutzung von E-Mail in Funktionspostfächern ermöglicht. Gemeinsam mit dem Hersteller findet hier im ersten Quartal 2026 eine Pilotierung statt.

Arbeit der Taskforce

Dem Ausschuss wurde in der letzten Sitzung dargestellt, dass zur Bearbeitung der insbesondere im Bereich der Justiz erkannten Fehlersituationen eine Taskforce eingerichtet wurde. Mittlerweile wurden alle seitens der Justiz benannten priorisierten Anforderungen bearbeitet und nahezu vollständig abgearbeitet. Die Taskforce konzentriert sich aktuell darauf, die Unterstützungsprozesse beim Dienstleister Dataport besser auf die besonderen Anforderungen der Justiz anzupassen.

Ausblick

Die Landesregierung hat sich mit Open-Xchange bewusst für eine Lösung entschieden, die zum einen unabhängig von der Landesverwaltung entwickelt, zum anderen auch durch eine Vielzahl von sehr großen Organisationen wie zum Beispiel Anbietern wie 1und1 mit Millionen von Nutzenden, aber auch eine Vielzahl weiterer Kunden aus dem Behördenumfeld bundesweit genutzt wird. Der Hersteller der Lösung hat über Jahre hinweg bereits einen stabilen Betrieb in Multi-Millionen-Umgebungen erreicht und hat gleichzeitig ein großes Interesse daran, die in manchen Fällen eher speziellen Anforderungen großer Einheiten der öffentlichen Verwaltung im Produkt selbst umzusetzen. Während der Migration wurde eine Version der Software bereitgestellt, die alle wesentlichen und bekannten Funktionen für die Landesverwaltung weiterhin in gleichem oder besserem Umfang zur Verfügung stellt. Nach Abschluss der Migration können nun auch spezielle Anforderungen einzelner Gruppen von Anwenderinnen und Anwendern zeitnah berücksichtigt werden. Damit werden wir in Summe in Schleswig-Holstein eine Lösung schaffen, die optimal auf die Bedürfnisse der Anwenderinnen und Anwender ausgerichtet bleibt.

Für weitere Fragen stehen ich dem Ausschuss gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

gez. Dirk Schrödter